Hieraus resultiert, daß die Ergebnisse der in eigener Verantwortung durchgeführten Überprüfungen als Anlagen der schriftlichen Anzeige beigefügt sein müssen und somit relativ sicher ausgeschlossen werden kann, daß es sich bei den angezeigten Sachverhalten um Ordnungswidrigkeiten, Disziplinar- bzw. Arbeitsrechtsverletzungen handelt. Gleichzeitig wird damit, gewährleistet, daß unvollständige Angaben der Betriebe/Einrichtungen gar nicht erst als Anzeigen bei den Untersuchungsorganen registriert werden.

Insgesamt gibt es jedoch zu beachten, daß Anzeigen aus Betrieben oder Kombinatn erst nach Konsultation mit der zuständigen operativen Dienst Einheit durch die Untersuchungsabteilungen entgegengenommen werden sollten. Dies resultiert u. a. daraus, das von einzelnen Betrieben und Einrichtungen versucht wurde, über Anzeigen bei den Untersuchungsorganen des Ministeriums für Staatssicherheit bzw, zuständigen Staatsanwälten wirtschaftliche Regelungsmechanismen zu umgehen bzw, auszuschalten, was die Gefahr einer ungerechtfertigten Kriminalisierung von ökonomischen Prozessen und Beziehungen in sich birgt.

Anzeigen von Staats- und Wirtschaftseinrichtungen. sollten Bestandteil der mit der Linie IX abgestimmten operativen Arbeit der Linie XVIII sein und für die Realisierung operativer Materialien genutzt werden. Grundsätzlich sollte dabei jedoch der Verdacht einer oder mehrerer gegen die Volkswirtschaft begangener Straftaten der bearbeiteten Personen zumindest inoffiziell bewiesen sein. Die Anzeige selbst sollte inhaltlich exakt bezogen auf die Pflichtverletzung(en) und Folgen sein und bei Gewährleistung von Konspiration und Geheimhaltung notwendige Beweismittel als Anlagen zur Anzeige enthalten. Diese Forderungen resultieren nicht zuletzt aus den innerdienstlichen Regelungen im MfS, wonach Ermittlungsverfahren zu Straftaten gegen die Volkswirtschaft und das sozialistische Eigen-